

## Elternräte und Schule.

Die Lehrerschaft betrachtet es als eine unbedingte Selbstverständlichkeit, daß bei der in Aussicht stehenden Reform des gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesens im demokratischen Sinne den Eltern der die einzelnen Schulkategorien besuchenden Jugend das Recht eingeräumt werde, als wichtiger mitbestimmender Faktor gehört zu werden und an dem einheitlichen Ausbau des Schulwesens von der Volksschule bis hinauf zur Hochschule mitzuwirken. Es darf aber nicht einzelnen Personen, die sich vielleicht in den Vordergrund drängen wollen, überlassen werden, ihrer rein persönlichen Meinung Geltung zu verschaffen, sondern es müssen sich auch an jeder Schule Elternvereinigungen bilden, die in gemeinsamen Beratungen und im steten Einbernehmen mit dem Lehrkörper der betreffenden Schule alle jene Maßnahmen besprechen, die dem Wohle der Kinder dienlich und deren sittlichen, geistigen und körperlichen Ausbildung förderlich sind. Diese an jeder Schule zu gründenden Elternvereinigungen wählen aus ihrer Mitte Abgeordnete für die Elternräte jeder Schulkategorie und diese bestimmen wieder Abgeordnete für die Elternkammer, die im Staatsamt für Unterricht als gleichwertiger beratender Faktor neben der Lehrer- und Professorenkammer bei Fassung wichtiger, die studierende Jugend betreffende Beschlüsse mitzuwirken hat.

An einigen Schulen Wiens haben sich bereits derartige Elternvereinigungen gebildet, und die dort gefaßten Entschlüsse zeigen, mit welcher großem Interesse sehr viele Eltern dieser Neuerrichtung bezeugen und wie sehr es ihnen ernst ist, an dem Aufbau des Schulwesens mitzuwirken. Diese Elternvereinigungen könnten bei richtiger Erfassung ihrer Aufgabe ein wichtiges Bindeglied zwischen Lehrern und Schülern darstellen und ein gutes Gegengewicht sein für etwaige Auswüchse der „Schülerräte“, wie sich die Schülergemeinden an manchen Mittelschulen bereits nennen.

Welches große Verständnis ein Großteil der Eltern der in letzter Zeit infolge der unhaltbaren Notlage der Mittelschullehrerschaft so mächtig aufgespaltenen Bewegung dieser Lehrerkategorie und ihren gerechten Forderungen entgegenbringt, zeigt eine Zuschrift der neugegründeten Elternvereinigung an der Staatsrealschule im 13. Bezirk, die diese an die

am Freitag abgehaltene große Mittelschullehrerverammlung gerichtet hat und worin die Eltern der studierenden Jugend in unzweideutiger Form für die Erfüllung der Forderungen der Lehrerschaft eintreten. Wir lassen an dieser Stelle die mit rauschendem Beifall der Versammelten belohnte Willensäußerung der Eltern vollinhaltlich folgen und sind überzeugt, daß auch alle anderen Eltern der Mittelschulen von gleichen Gefühlen für das Wohl der Lehrerschaft beiseit sind. Die Zuschrift lautet:

„An die Versammlung der deutschösterreichischen Mittelschüler in Wien, Akademische Gymnasium.“

Die am 10. d. im Turnsaal der Staatsrealschule in Wien, 13. Bezirk, Mtgasse, zwecks Gründung eines Elternausschusses versammelten Angehörigen der Schüler der Staatsrealschule im 13. Wiener Gemeindebezirk entließen anlässlich der morgigen Versammlung der deutschösterreichischen Mittelschullehrer diesen ihre Sympathien und erklärten sich mit ihnen in ihrem Ringen um eine standeswürdige Existenz und eine demokratische Schule solidarisch. Unter dem ständigen Druck wirtschaftlicher Not und in der Einschnürung einer bürokratischen Dienstordnung hat die deutschösterreichische Mittelschullehrerschaft trotzdem das leuchtende Beispiel vorbildlicher Pflichtenfüllung geboten und unbrochen im Dienste der Jugenderziehung gewirkt. Wir Eltern halten es für unsere Pflicht, es offen auszusprechen, daß an den von der Öffentlichkeit vielfach gerügten Missetänden des höheren Schulwesens die Schuld keineswegs der Lehrerschaft zugemessen werden darf, weil dieser auf die Gestaltung des Bildungswesens ebenso wenig Einfluß zufließt wie uns Eltern selbst; vielmehr hatte sie nur die Verantwortung und oft genug das Odium für die Verfügungen einer durchaus berufsfremden Schulverwaltung zu tragen. Wir erblicken daher in der Forderung der Lehrerschaft, daß die gesamte Schulverwaltung in ihre fachkundigen Hände gelegt werde, eine unerläßliche Voraussetzung der Gesundung unserer Schulverhältnisse. Mit besonderer Dankbarkeit anerkennen wir es auch, daß die deutschösterreichische Mittelschullehrerschaft sofort, nachdem die Fesseln des alten Regimes gefallen waren, dem Geiste der Zeit Rechnung trug und aus eigener Initiative uns Eltern das Mitbestimmungsrecht an der Mittelschülerziehung unserer Kinder einräumte, um so mehr aber erwarten wir, daß die Demokratisierung nicht bei dem Verhältnis der Eltern und Schüler zur Lehrerschaft haltmachen, sondern auch auf die Stellung der Lehrerschaft zur Anstaltsleitung sowie zu den Schulbehörden erstreckt werde, weil wir nur in der freien Lehrerpersönlichkeit die volle Gewähr einer zeitgemäßen Erziehung unserer Kinder zu erblicken vermögen. Vor allem aber empfinden wir es nicht nur als eine ernste Gefährdung des Erziehungswesens, sondern geradezu als eine nationale Schmach, daß die Männer, deren Hände unsere Kinder anvertraut sind, für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit vom Staate in einer Weise entlohnt werden, die es ihnen nicht gestattet, ihre volle und unzerstückelte Kraft ihrer eigentlichen Wirkungsstätte zu widmen. Darum erblicken wir Eltern im Kampfe der Mittelschullehrerschaft nicht eine Angelegenheit, die ausschließlich diese selbst betrifft, sondern eine Angelegenheit, die uns, unsere Jugend und damit das ganze Volk angeht. Indem die deutschösterreichische Mittelschullehrerschaft um ihre eigene soziale Hebung kämpft, ringt sie gleichzeitig um eine bessere Zukunft unseres schwergeprüften Volkes. Wir Eltern begrüßen diesen Kampf von ganzem Herzen.“